POSITIONSPAPIER:
GENOSSENSCHAFTEN
IM DIGITALEN
ZEITALTER



Berlin, den 28.01.2020

GENOSSENSCHAFTEN IM DIGITALEN ZEITALTER

In Politik und Medien wird derzeit viel über die negativen Auswirkungen der Plattformökonomie diskutiert. Die Herausforderungen unserer Zeit ähneln denen der industriellen Revolution: Konzentration von Marktmacht und Produktionsmitteln, soziale Ungleichheit, Entwicklung von Monopolen. Damals haben sich Genossenschaften als Lösungsbaustein und wichtiges Element unserer Sozialen Marktwirtschaft entwickelt. Seit Ende 2016 ist die Genossenschaftsidee als immaterielles UNESCO Weltkulturerbe anerkannt. Die rund 7.800 Genossenschaften in Deutschland zählen mehr als 22 Mio. Mitglieder - Aktionäre gibt es im Vergleich nur halb so viele.

Genossenschaften als Instrument einer demokratischen und inklusiven Wirtschaft bieten heute wieder verstärkt großes Potenzial für die Lösung der aktuellen sozialen und ökologischen Herausforderungen. Allerdings können Genossenschaften ihr Potenzial nur dann entfalten, wenn sie selbst zu praktikablen Gestaltungsinstrumenten der digitalen Transformation werden. Um den genossenschaftlichen Gedanken in die heutige Zeit zu übertragen, leiten sich die folgenden zentralen Handlungsempfehlungen für die Entwicklung digitaler Genossenschaften ab.

1. DIGITALE AGENDA FÜR GENOSSENSCHAFTEN

Bislang spielen deutsche und europäische Akteure in der globalen Plattformökonomie mit Fokus auf der Gewinnmaximierung für einzelne Shareholder eine untergeordnete Rolle. Anstelle eines Wettrennens oder reaktiven Reglementierungen, setzen wir uns für die Verankerung der europäischen und genossenschaftlichen Werte in der digitalen Plattformökonomie ein, was auf die Ziele des Koalitionsvertrags einzahlt.

In der Förderung von gemeinwohl- und nutzerorientierten Geschäftsmodellen liegt viel unerschöpftes Potenzial für weniger Abhängigkeit von Monopolen, für mehr politischen Gestaltungsspielraum und das Lösen gesellschaftlicher Herausforderungen. Durch die Integration dezentraler Technologien wie Blockchain sowie die gezielte Unterstützung bei der Entwicklung und Nutzung genossenschaftlicher Open-Source-Technologien werden neue digitale Beteiligungsformen ermöglicht. Aus diesem Grund sprechen wir uns dafür aus, dass im Sinne der Blockchainstrategie der Bundesregierung (3.4) die Anwendungsmöglichkeiten dezentraler Technologien mit Fokus auf das Genossenschaftsrecht geprüft werden.

Konkrete Handlungsempfehlungen:

- Einen rechtssicheren, digitalen Beitritt von Genossenschaften ermöglichen. Dies sehen wir als eine der Voraussetzung für die Wiederbelebung der Genossenschaftsbewegung im digitalen Zeitalter.
- Zusammenstellung eines Gremiums aus Betreiber*innen digitaler sowie etablierter Genossenschaften, politischen Akteuren sowie Vertreter*innen aus Wirtschaft und Forschung, um einen Aktionsplan auszuarbeiten.
- Transparente Angebote schaffen, um den Gründungsprozess von Genossenschaften und den Zugang zu bestehenden Finanzierungsmöglichkeiten einheitlich darzustellen.
- Bürokratieabbau im Gründungsprozess, um genossenschaftliche Gründungen schneller zu ermöglichen. Die Minimierung der Bürokratiebelastung für Gründungen ist explizit im Koalitionsvertrag verankert. Für andere Rechtsformen ist eine Gründung innerhalb von 24h bereits über digitale Portale bzw. "One-Stop-Shops" möglich.
- Die Prüfung der Einführung einer Mini-Genossenschaft analog zur UG als Vorstufe einer GmbH - mit dem Ziel, unternehmerische, bürgerschaftliche Initiativen und innovative Gründungsvorhaben zu vereinfachen.
- Genossenschaften als gleichwertige Rechtsform anerkennen und entsprechendes Informationsmaterial des BMWi und durch Gründungsberatungen entsprechend ergänzen.

Bezug zum Koalitionsvertrag:

"Unser Ziel sind starke deutsche und europäische Akteure der Plattformökonomie, deshalb wollen wir vorhandene Hemmnisse abbauen. Wir setzen uns für ein level playing field ein, dazu gehören auch die Rechte von Beschäftigten und Verbrauchern. Dazu werden wir die Mitwirkung der Plattformen einfordern."

2. GENOSSENSCHAFTLICHE EXPERIMENTIERRÄUME

Innovationen benötigen Frei- und Experimentierräume. Für Startups wurden hierfür eine Vielzahl von Gründungs- und Innovationszentren sowie flankierende Inkubations- und Akzelerations- Programme aufgebaut. Um gleichwertige Voraussetzungen für genossenschaftliche Startups zu erreichen, fordern wir den Aufbau genossenschaftlicher Experimentierräume. Hier liegt insbesondere ein großes Potenzial für genossenschaftlich organisierte Plattformen (Platform Coop) und für die nachhaltige und demokratische Gestaltung städtischer Infrastruktur (Mobilität, Energie und Wohnen).

Konkrete Handlungsempfehlung:

Auf bestehende Initiativen in verschiedenen deutschen Städten und Regionen aufbauend, fordern wir eine Infrastrukturförderung genossenschaftlicher Experimentierräume in fünf Städten und Regionen als bundesweite Pilotprojekte.

Bezug zum Koalitionsvertrag:

"Wir wollen Open-Innovation-Ansätze, soziale Innovationen sowie inter- und transdisziplinäre Ansätze fördern und Experimentierräume einrichten, um innovative technische Systeme und neue Geschäftsmodelle zu erproben."

3. FINANZIERUNGSINSTRUMENTE

Der Aufbau digitaler Plattformen ist in der Gründungs- und Wachstumsphase kapitalintensiv. Während es für Plattformmodelle mit einer Fokussierung auf Investoreninteressen öffentliche Finanzierungsinstrumente gibt, stehen diese genossenschaftlichen und dadurch nutzerorientierten Plattformgründungen nicht zur Verfügung. Wir fordern eine Gleichbehandlung partizipativer Plattformmodelle bei diesen Programmen.

Konkrete Handlungsempfehlungen:

- Eine Gleichstellung in öffentlichen Finanzierungs- und Förderprogramme für genossenschaftliches Crowdinvesting sowie eine Adaption und Öffnung der Finanzierungs- und Förderinstrumente mit Shareholderorientierung (z.B. <u>INVEST-Zuschuss für Wagniskapital</u>, Instrumente der <u>KfW-Capital</u>) für nutzerorientierte Investments in genossenschaftliche Startups.
- Aufbau passgenauer Finanzierungsinstrumente unter Einbindung der Zielgruppe.
 Gemeinsam mit den Finanzierungsakteuren des Sektors wurden bereits 12 konkrete
 Handlungsempfehlungen erstellt, die als Orientierung dienen können.

Bezug zum Koalitionsvertrag:

"Social Entrepreneurship spielt bei der Lösung aktueller gesellschaftlicher und sozialer Herausforderungen eine zunehmend wichtige Rolle. Social Entrepreneurship wollen wir noch stärker als bisher fördern und unterstützen."

Kontakt: Johanna Kühner

SEND - Social Entrepreneurship Netzwerk Deutschland e. V.

E-Mail: johanna.kuehner@send-ev.de

www.send-ev.de

Ela Kagel

Supermarkt Berlin

E-Mail: ela@supermarkt-berlin.net

www.supermarkt-berlin.net